



<https://biz.li/38cs>

# WAS MACHT BURGDORF KÜNFTIG MIT SEINEM KLÄRSCHLAMM?

Veröffentlicht am 03.12.2019 um 23:04 von Georg Bosse

Im Herbst 2017 wurde eine Novelle zur Klärschlammverordnung auf den Weg gebracht, deren Vorschriften erstmals bei der Frühlingsdüngung vergangenen Jahres zur Anwendung kamen. Mit der Neufassung möchte der Bundesgesetzgeber aus Vorsorgegründen die bodenbezogene Verwertung bei größeren Kläranlagen verbieten und die Betreiber zeitlich gestaffelt zur Rückgewinnung des Phosphors aus Klärschlamm und Klärschlammaschen verpflichten. Im Rahmen der Ressourcenschonung soll der zurückgewonnene Phosphor in Form von Phosphat zur pflanzlichen Düngung eingesetzt werden. Was bedeutet das nun für die Stadt Burgdorf als Betreiberin der Kläranlage am Dachtmisser Weg? Zu dieser Frage hatte sich die Ratsgruppe SPD/Grüne/WGS/ Freie Burgdorfer am Montagabend, 2. Dezember 2019, fachkundige Gäste auf das rote Sofa im Jürgen-Rodehorst-Haus eingeladen. Die als Informationsveranstaltung



**Für die Infoveranstaltung "Klärschlamm" hatte sich die Gruppe SPD/Grüne/WGS/Freie Burgdorfer Rainer Herbst, Cord Behrens, Klaus Cording und Heidrun Lemke (von links) ins Jürgen-Rodehorst-Haus eingeladen. / Foto: Georg Bosse**

"Klärschlamm" apostrophierte Debatte mit interessierten und besorgten BürgerInnen wurde vom SPD-Ratsfraktionsvorsitzenden Gerald Hinz und von Hartmut Braun, Fraktionsvorsitzender der Grünen, moderiert. Dipl.-Ing. agr. Klaus Cording ist CDU-Ortsratsmitglied in Hänigsen und in der Geschäftsleitung der Kommunalservice Hans Vornkahl GmbH tätig: "Die Novelle von 2017 für das künftige Phosphorrecycling sieht für Kläranlagenbetreiber Übergangsfristen von 12 Jahren für Städte ab einer Einwohnerzahl von 100.000 und von 15 Jahren für Kommunen von 50.000 bis 100.000 Einwohnern vor. Für Kläranlagen in Kommunen mit einer Einwohnerzahl bis 50.000 bleibt die Möglichkeit der bisherigen landwirtschaftlich Klärschlammverwertung vorerst bestehen." Demnach trifft die Bodenverbringung auf das rund 30.000 Einwohner zählende Burgdorf (noch) zu. Cord Behrens, in der Stadtverwaltung unter anderem für das Klärwerk, Kanalreinigung und Abwasserkanäle zuständig, erklärte: "Unsere Anlage ist für eine Einwohnerzahl bis zu 35.000 genehmigt. Jährlich fallen etwa 2800 Tonnen Klärschlamm mit einer durch Faulung 35%-igen Trockenheitsmasse an. Die jährlich anfallende 800 Tonnen Trockenmasse wird dann zur landwirtschaftlichen Verwertung nach Sachsen-Anhalt transportiert." Burgdorfs Leiter des Fachbereichs "Tiefbau", Rainer Herbst: "Die Anteile von Medikamentenrückständen und Mikroplastik sind durch unsere eigenen Routineuntersuchungen nicht erfasst. Für weiteres Vorgehen haben wir Gutachten in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse wir Ende Februar 2020 der Politik und den BürgerInnen vorstellen werden." Seit dem Bekanntwerden der Pläne von "Enercity", eine Monoverbrennungsanlage (MVA) für Klärschlamm auf der Deponie in Hannover-Lahe zu errichten, beschäftigt sich Heidrun Lemke vom Umweltverein Isernhagen mit dem Thema: "Jede Verbrennung schadet dem Klima. Eine Alternative für eine möglichst klimaneutrale Abwasseraufbereitung wird mit einem Pilotprojekt im rheinländischen Linz-Unkel betrieben, die wir besichtigt haben. Mit dem PYREG-Verfahren kann Klärschlamm so aufbereitet werden, dass der darin enthaltene Phosphor mit einem hohen pflanzenverfügbaren Anteil der Landwirtschaft zur Düngung weitergegeben werden kann." Die PYREG-Technologie arbeitet nach dem Prinzip der trockenen Karbonisierung. In dem zweistufigen Verfahren wird die Biomasse im PYREG-Reaktor zunächst auf 550 bis 600 Grad Celsius erhitzt. Die Biomasse werde dabei jedoch nicht verbrannt, sondern verschwelt und zu Pflanzenkohle karbonisiert, welche problemlos lagerfähig und leicht zu transportieren sei.